



EUROPEAN
FORUM
ALPBACH



Re:think Austria 2016

Digitalisierung und Politik

16. – 18.06.2016, Bildungszentrum St. Magdalena, Linz

Digitalisierung und Politik

Re:think Austria 2016

16.-18.06.2016, Linz

www.alpbach.org/rethink

Das Europäische Forum Alpbach veranstaltete gemeinsam mit Kovar & Partners und freims:contemporary consulting vom 16. bis 18. Juni 2016 in Linz (ÖÖ) unter dem Titel „Re:think Austria“ ein Innovationslabor zu Fragen des digitalen Wandels und dessen Auswirkungen auf die Politik. Die thematischen Schwerpunkte zu Beginn der Veranstaltung bildeten dabei Arbeit, Bildung und Sicherheit. Fünf Impulsgeber_innen lieferten Inputs mit unterschiedlichem Hintergrund. Mehr als 60 Stakeholder aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur aus ganz Österreich, Deutschland und der Schweiz entwickelten in einem partizipativen Prozess insgesamt sieben Reformideen, die politische Handlungsfelder aufzeigten.

Vorwort: Handlungsspielräume entdecken (Franz Fischler)	3
Einleitung der Autoren (Andreas Kovar, Walter Osztovcics, Marco Schreuder)	4
Dialoggruppen mit Impulsgebern	5
Neue Medien und die Freiheit	5
Arbeit	6
Sicherheit & Schutz der Privatsphäre	8
Bildung & digitales Lernen	11
Open Space	12
Impact Map der Themen	14
Policy Hack	15
Policy Brief 1: Globale Regeln für die digitale Welt	15
Policy Brief 2: Aufbrechen der Echokammer	16
Policy Brief 3: Durch formale Bildungsangebote zur Chancengerechtigkeit 4.0	18
Policy Brief 4: Disrupt School	19
Policy Brief 5: Partizipation in einer modernen und digitalen Demokratie	22
Policy Brief 6: E-voting – Wählen im Internet	23
Policy Brief 7: Digitale Partizipation auf Augenhöhe	26

Vorwort: Handlungsspielräume entdecken

Was wäre wenn? Wie oft ertappen wir uns bei diesem Gedankenspiel? Wie oft schaffen wir es, losgelöst von den Zwängen des Alltags, über Alternativen und Ideen für Neues nachzudenken? Was im privaten Leben schon schwer genug fällt, scheint in Alltag junger politischer Führungskräfte in diesem Land noch viel schwieriger zu sein. Zu groß sind die Zwänge der parteiinternen Hierarchien, zu stark der Druck sich im Tagesgeschehen zu behaupten und den immer skeptischeren Bürgern Rede und Antwort zu stehen. Und dennoch gehört es zur urreigensten Verantwortung einer Politikerin und eines Politikers, sich über die langfristige Entwicklung unserer Gesellschaft Gedanken zu machen.

Wir haben uns 2013 getraut zu fragen „Was wäre wenn“. Was wäre, wenn wir einen Raum schaffen würden, in dem jungen Politiker_innen über Parteigrenzen hinweg offen reflektieren und einen respektvollen Dialog über die Zukunft unsere Landes führen können? Wir haben auf diese Frage hin auch gehandelt und gemeinsam mit Andreas Kovar und dem Moderationsteam von freims:consulting das Innovationslabor „Re:think Austria“ ins Leben gerufen.

In den letzten vier Jahren haben wir mit diesem Veranstaltungsformat einen wertvollen, konstruktiven Dialog über Parteigrenzen hinweg ermöglicht. Wir konnten zeigen, dass neue Formen des Zusammenarbeitens und des Problemlösens auch im politischen Alltag möglich sind. Vor allem ist es uns gelungen Themen aufzugreifen, die langfristig für unser Land von enormer Bedeutung sind, aber im politischen Alltag nicht genug Beachtung finden. Im Jahr 2016 haben wir das Thema „Digitalisierung“ bearbeitet und dazu ist der nun vorliegende Bericht entstanden. Wir stellen mit dem Bericht keinen Vollständigkeitsanspruch in der Behandlung dieses umfassenden Themas, vielmehr geht es uns – wie auch bei bei Re:think Austria – darum, Handlungsspielräume aufzuzeigen.

Franz Fischler

Präsident, Europäisches Forum Alpbach

Einleitung der Autoren

Politik in einer digitalen Welt bedeutet: Politik neu zu denken. Alles, was wir bisher von der Digitalisierung gesehen haben sind lediglich die ersten technischen Entwicklungen. Die großen Veränderungen in der Gesellschaft, im Wirtschaftsleben, in der Vermittlung von Wissen und in der Politik, zeichnen sich erst ab. Trotzdem ist es aus Sicht der Politik auf jeden Fall wichtig, die verfügbaren Informationen auszuwerten, die Chancen zu identifizieren und die Risiken zu benennen. Neue technische Tools ermöglichen auch neue Beteiligungsformen und dialogorientierte politische Prozesse, die dem steigenden Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Partizipation entgegenkommen und politische Teilhabe ermöglichen. Neue Formen der Kollaboration beim Arbeiten und im sozialen Zusammenleben werden auch in politischen Organisationen – sofern sie zukünftig erfolgreich sein wollen – Einzug halten. Nur die politischen Akteure, die die Systemlogik hinter diesen Veränderungen verstehen, haben die Möglichkeit zu gestalten.

Re:think Austria 2016 widmete sich der Frage, wie konstruktive Politik in einer digitalisierten Welt organisiert werden muss. Wie können Mandatare und Regierende Rahmenbedingungen schaffen, um die Herausforderungen für Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft zu meistern? Wie funktioniert Politik in der Informationsgesellschaft? Wie müssen Entscheidungsträger_innen in einer digitalisierten Welt politisch agieren?

Re:think Austria 2016 fügt sich mit dem Thema „Digitalisierung“ in den Alpbach Jahresschwerpunkt „Neue Aufklärung“ ein. Denn möglicherweise sind wir an einer Entwicklung beteiligt, die so epochal ist, wie es die Aufklärung für die europäische Moderne war. Als Schwerpunkte, die es zu beleuchten galt, wurden zu Beginn der Veranstaltung die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Bereiche Sicherheit, Arbeit und Bildung bearbeitet. Neben den Ergebnissen der Arbeitsgruppen und Interviews, die wir bei Re:think führten, floss unsere eigene Erfahrung in diesem Themenbereich in diesen Bericht ein. Kovar & Partners betreute so zum Beispiel die Online-Konsultationen zu den Grünbüchern „Offene Gesetzgebung“ und „Digitaler Wandel und Politik“.

Andreas Kovar, Walter Osztovcics und Marco Schreuder

Dialoggruppen mit Impulsgebern

Neue Medien und die Freiheit

Im Einführungsvortrag von Veit Dengler wurde die Auswirkung der Digitalisierung auf die Gesellschaft und auf die neuen Formen der medialen Kommunikation dargestellt. Dabei zeigt sich, dass sich durch die neuen Medien sehr viele Chancen und Möglichkeiten eröffnen, aber auch verschiedene Probleme zu lösen sind. Wie bei allen technischen Innovationen in der Geschichte ist nicht der technische Fortschritt selbst das Problem, sondern die Art und Weise wie wir damit umgehen.

Als Vorteil in einer liberalen Gesellschaft kann die Reduktion der bestehenden Abhängigkeiten gesehen werden. Die Digitalisierung formuliert auch unseren Freiheitsbegriff neu. So sind etwa bürokratische Formulare, wie sie seit Jahrhunderten dominierten, demnächst obsolet. Positiv ist zudem der technische Machtgewinn. Verschiedene Tätigkeiten entwickeln sich von selbst neu und wir haben es selbst in der Hand, wie wir kommunizieren, finanzielle Transaktionen erledigen oder uns chauffieren lassen. Die digital organisierte Dienstleistungsgesellschaft macht es möglich, dass nahezu jedermann einen Komfort genießen kann, wie er noch vor 50 Jahren nur Superreichen mit einer großen Schar an Dienstboten und -botinnen möglich war: Auf Knopfdruck oder Mausclick kommen Waren ins Haus, wird frisch gekochtes Essen geliefert, kann das Wissen riesiger Bibliotheken abgerufen werden.

Diesem Gewinn an Freiheit und Macht stehen jedoch große Gefahren gegenüber. Eine der wichtigsten, aktuell bereits als Problem wahrgenommenen Fehlentwicklungen ist die diskursive Entgrenzung. Demokratische Staaten sind von gewissen Grundregeln der öffentlichen Diskussion abhängig. Die Radikalisierung und Einseitigkeit des Diskurses, die in den Netzwerken entsteht, widerspricht diesen Grundregeln. Autoritäre Staaten wie China oder Russland machen sich dieses Prinzip sogar zunutze, indem sie Postings organisieren. Ein Beispiel für die Radikalisierung der Sprache war das Wort „Völkerwanderung“ im Zusammenhang der Flüchtlingsdebatte. Sogar seriöse Medien begannen nach und nach das Wort zu verwenden.

Die Digitalisierung entwickelt neue Formen der Überwachung, diese wiederum weckt viele Begehrlichkeiten. Da es in vielen Staaten keine demokratische Kontrolle der Überwachungsmaßnahmen gibt, stellt dieser Punkt eine besondere Herausforderung dar. In China wird soziales Verhalten im Netz mit Plus- und Minuspunkten bewertet und somit ein Social Credit System implementiert, das von vielen User_innen selbst freiwillig kommuniziert wird, um sich positiv darzustellen.

Die Politik und Gesellschaft, so das abschließende Statement des Einführungsvortrages, beschäftigt sich noch zu viel mit Randthemen, Kernaufgabe wäre es aber gerade jetzt zwei Begriffe neu zu diskutieren, zu definieren und zu entwickeln: Freiheit und Demokratie.

Arbeit

Sind die neuen digitalen Technologien Jobkiller? Diese seit einigen Jahren heftig diskutierte Frage stand auch im Mittelpunkt einer der Arbeitsgruppen am ersten Vormittag bei Re:think Austria. Der Impulsgeber Herbert Buchinger verwies gleich zum Start darauf, dass die Arbeitsmarkt- und Berufs-Bildungs-Politik hier zweifellos vor großen Herausforderungen steht – aber mit stark unterschiedlichen Prognosen konfrontiert ist. Es gibt zwei einander widersprechende Narrative, nämlich zum einen die Erwartungen, dass die Digitalisierung in großem Umfang Berufe vernichtet und die Nachfrage nach menschlicher Arbeit verringern wird. Zum anderen wird aber vorhergesagt, dass viele neue Tätigkeiten, Berufe und Geschäftsmodelle entstehen werden.

Zahlreiche Studien zu diesem Thema, allen voran die berühmte Oxford-Arbeitsmarkt-Studie aus 2013, leiden unter dem Problem, dass sie lediglich qualitativ die Möglichkeiten der Substitution bestehender Berufe durch Automatisierung untersuchen, jedoch keine quantifizierbaren Schlussfolgerungen zulassen. Eine Momentaufnahme der österreichischen Wirtschaft des Jahres 2016 ergibt jedenfalls: Befragte Manager_innen

erwarten, dass mehr Jobs verloren gehen als geschaffen werden. Wenn man dieselben Manager_innen jedoch nicht nach ihrer Einschätzung, sondern nach den konkreten Plänen im eigenen Unternehmen fragt, dann erfährt man, dass dort die Digitalisierung meist zusätzliches Personal erforderlich gemacht hat.

Vier vorläufige Hypothesen wurden schließlich in der Diskussion im Arbeitskreis formuliert:

1. Die technischen Möglichkeiten müssen nicht unbedingt mit der Akzeptanz in der realen Welt deckungsgleich sein. Friseur-Roboter sind technisch machbar, doch würde zumindest derzeit nur eine verschwindende Minderheit akzeptieren, beim Friseur von einem Roboter bedient zu werden.
2. Die Automatisierung von Tätigkeiten bedeutet nicht zwangsläufig das Verschwinden des zugehörigen Berufs. Zu erwarten ist, dass viele bestehende Berufe um digitale Tools erweitert und durch sie verändert werden, dass sie aber nicht völlig substituiert werden. Beispiel: Operationsroboter machen chirurgische Eingriffe besser, sie ersetzen aber die Chirurg_innen nicht.
3. Manche Branchen werden jedoch tatsächlich stark betroffen sein, zum Beispiel Verkehr und Transport, wahrscheinlich auch Informationsverarbeitung im weitesten Sinn (von Medien über Auskunftsdienste bis zu Call Centern).
4. Am stärksten betroffen sind Routinetätigkeiten in Produktion und Administration, und hier wieder die mittleren Qualifikationen. Am wenigsten betroffen sind zum einen kreative Tätigkeiten sowie Führungstätigkeiten, die mit Entscheidungen verbunden sind, zum anderen stark personenbezogene Dienstleistungen, etwa in der Pflege, in der Gastronomie und in der Hotellerie.

Aus diesen globalen Aspekten ergeben sich bereits erste Konsequenzen. So sind die beiden größten Arbeitgeber in Österreich zugleich die am stärksten betroffenen Branchen, nämlich Handel und öffentliche Verwaltung. Allerdings ist in beiden

Bereichen die Digitalisierung bereits sehr weit fortgeschritten, die Umbrüche sind also bereits im Gang. Auch die Branche Transport-Spedition-Verkehr ist in Österreich mit 150.000 Beschäftigten sehr bedeutend – und zugleich eine voraussichtlich stark betroffene. Da Berufe im mittleren Segment die Auswirkungen am stärksten spüren werden, sollte auch dort das Angebot für Weiterbildung und neue Qualifizierung am stärksten greifen.

Sicherheit & Schutz der Privatsphäre

Die Impulsgeberin Dorothee Ritz ortete ein Maß an „indifferenter Angst“, die von den digitalen Technologien ausgeht. Viele Bürger_innen begegnen den neuen technischen Möglichkeiten mit Misstrauen und Sorge, ohne im Detail genau sagen zu können, wovor sie sich fürchten. Diese Angst behindert den Diskurs über die Potenziale: Digitale Technologien eröffnen Möglichkeiten, die deshalb nicht genutzt werden, weil Angst vor ihren möglichen negativen Folgen herrscht.

Am Beispiel der Speicherung und Verarbeitung von Daten wurden die Herausforderungen in der Dialoggruppe etwas detaillierter diskutiert.

1. Wichtigste Voraussetzung für die Akzeptanz von Daten-Technologien ist Datensicherheit im doppelten Sinn:
 - > Schutz vor kriminellen Missbrauch von Daten (z.B. Kreditkartennummern, Bankdaten, Diebstahl von Email-Accounts, etc.).
 - > Schutz vor unerwünschtem (wenngleich womöglich legalem) Einblick in gesammelte Daten – Schutz davor, ein „gläserner Mensch“ zu werden.
2. In beiden Fällen sind die Provider von Datenservices gefragt. Sie müssen nachweisen, dass Daten bei ihnen in beiderlei Bedeutung sicher sind und in diesem Sinne Vertrauen aufbauen.
3. Transparenz über die angewandten Verfahren und die Verwendung von Daten schafft dieses Vertrauen. Die Bürger_innen haben ein Recht, zu erfahren, was mit ihren Daten geschieht.

Die möglichen Gefahren aus den Datensammlungen, die nötig sind, um die Potenziale der digitalen Technologie zu nutzen, sind sehr groß. Wir wissen nicht, welche dieser theoretisch denkbaren Gefahren real tatsächlich bedrohlich sind. Möglicherweise fürchten wir uns vor den falschen Bedrohungen. Zum Beispiel sind die Nutzen von Smart Metering unbestritten, damit können Stromkunden viel Geld sparen. Die Technologie bringt aber große Überwachungspotenziale mit sich. Theoretisch wäre es dann möglich, mit Hilfe des Stromverbrauchs sehr genau zu ermitteln, ob jemand zu Hause ist und was er gerade tut. Aber: Interessiert das überhaupt jemanden? Werden solche Daten jemals jemandem von Nutzen sein und daher ausgewertet werden? Oder ist es nur eine abstrakte Möglichkeit, so wie in der Theorie durch einen smarten Kühlschrank das Essverhalten einer Familie überwacht werden könnte?

Ein Beispiel einer nützlichen Anwendung von Datenaggregationen, die aber ebenfalls zugleich das Potenzial von öffentlicher Überwachung zeigt, liefern die sexuellen Übergriffe in der Kölner Silvesternacht. Danach gingen tausende Bilder von privaten Handys bei der Polizei ein. Durch automatisierte Bildvergleiche (unter Verarbeitung gewaltiger Datenmengen) war es möglich, innerhalb kurzer Zeit Verdächtige zu identifizieren.

Wenn Österreich die Potenziale der Digitalisierung nutzen will, muss die öffentliche Debatte von einem Angst-Diskurs weg zu einem Diskurs über Möglichkeiten kommen. Dazu brauchen wir neben Vertrauen auch Rechtssicherheit. Ein wenig beachtetes Potenzial der Digitalisierung liegt nämlich in den Kosten für Kommunikations-Infrastruktur. Gerade KMUs könnten Studien zufolge 30%-40% ihrer Infrastrukturkosten einsparen, wenn sie Möglichkeiten der Cloud und der dezentralisierten Datenbearbeitung konsequent nutzen. Sie schrecken aber davor zurück, weil sie kein ausreichendes Vertrauen in die Rechtssicherheit bei Nutzung solcher Technologien haben.

Die Vorratsdatenspeicherung und die Aufklärung 2.0

Das Menschenbild von uns selbst stand im Zentrum der Diskussion rund um den Impulsvortrag von Ewald Scheucher, der die Vorratsdatenspeicherung zum Thema

hatte. Diese wurde vor den EuGH gebracht, der in der Folge das gesamte Safe-Harbour-Abkommen zwischen EU und USA zu Fall brachte. Daraus ableitend stellen sich aber viele Fragen für die Zukunft im digitalen Zeitalter: Welche zeitgemäßen Wege finden wir um unsere Privatsphäre zu schützen, wenn es diese überhaupt noch gibt?

Eine Art Aufklärung 2.0 wäre wichtig, um viele Fragen der modernen Zeit zu beantworten. Hier können Analogien zu historisch vergleichbaren Umbrüchen heuristisch hilfreich sein. Zum Beispiel war den europäischen Vordenkern während der ersten Aufklärung nie der Gedanke gekommen, dass die Erde ein Ressourcenproblem haben könnte. Dies hat sich aufgrund des Klimawandels und Umweltbewusstseins geändert. Die Dampfmaschine hat schon bald nach ihrer Erfindung das Alltagsleben aller Bevölkerungsschichten völlig verändert, sie führte aber zu keinem Niedergang, sondern zu Anpassungen, leitete längerfristige Entwicklungen ein. Auch die Digitalisierung kann bewusst gesteuert werden.

Wir müssen lernen mit der enormen Datensammlung umzugehen und neue Wege finden, wie wir damit umgehen. Kollektive Verantwortung kann hier ebenso zur Lösung vieler Probleme beitragen wie das Recht auf Verschlüsselung. Digitale Rechte zu formulieren, ist Aufgabe der Politik.

Chancen wahrnehmen, Gefahren erkennen

In Österreich gibt es mehr Know-how über neue Technologien, als in der öffentlichen Wahrnehmung bekannt ist, meinte Helmut Leopold bei seinem Input. Es wird hierzulande viel entwickelt und hergestellt. Autonom fahrende Autos gibt es etwa auch hierzulande, und nicht nur bei Google. Nicht nur bei den selbstfahrenden Autos geht die Entwicklung schnell voran, sondern auf zahlreichen Ebenen: E-Health-Systeme, Industrie 4.0, Smart Grids, Smart Cities, Smart Homes u.v.m. werden unsere Zukunft enorm verändern.

Einst galt die Energieinfrastruktur als die kritische Infrastruktur Nummer eins. Dies ist nunmehr die Kommunikationsinfrastruktur. Diese kann angegriffen werden und

ausfallen. Bereits jetzt sind 75% der E-Mails SPAM-Mails. So genannte „water holes“ auf Webseiten und viele andere Malwares haben es auf die Sicherheit unserer Systeme abgesehen. In den letzten acht Jahren wurden 400 Millionen verschiedene Virentypen ausgemacht.

Wenn sich nun unsere Technologie noch stärker vernetzt, muss hier gehandelt werden. Lösungen dieser Probleme bestehen: So müssen zunehmend einzelne Bereiche isoliert verschlüsselt werden können („Security by Isolation“). Wichtig wird zukünftig auch sein, Anomalien rechtzeitig zu erkennen. Branchen müssen übergreifend mehr kooperieren. Die „Network Information Security“-Richtlinie der EU gibt hier die Richtung vor: Sie sieht Strafen vor, wenn bekannte Fehler und Probleme im digitalen Bereich nicht öffentlich gemacht werden. Das Prinzip „Security by Design“ muss zum Standard werden, denn von den User_innen werden viele Software-Pakete gekauft, ohne überprüft worden zu sein.

Bildung & digitales Lernen

Laut dem Impulsgeber Konstantin Mitgutsch hat das digitale Lernen einen großen Vorteil: Nämlich zu lernen was ich wo und wann will. Der große Nachteil ist wiederum: zu lernen was ich wo und wann will.

Die intensive Erfahrung von Kindern mit Computerspielen stellt uns vor die Herausforderung, dass Kinder Lernen in der Schule öfter als anstrengend und langweilig wahrnehmen. Gleichzeitig eröffnen digitale Gestaltungsräume Raum für Kreativität und Rollenwechsel. Nutzer können ihre Welt und ihre Rolle gestalten, wobei das Wechseln der Rollen wichtig ist. In Toronto etwa konnten Bürger_innen in einem Online-Spiel drei Jahre lang die öffentlichen Verkehrsmittel ihrer Stadt gestalten. Menschen, die sich zuvor nie politisch engagierten, taten dies dadurch zum ersten Mal. Die digitale Welt hat auch die Rolle der Lehrkraft geändert. Früher hatten die Lehrer_innen den Anspruch, alleine Antworten liefern zu können, dies funktioniert heute nicht mehr. Daher muss der digitale Prozess proaktiv begleitet werden.

Open Space

Nach den Dialoggruppen konnten Teilnehmer_innen in einer "Open Space" Runde weitere Themen vorschlagen und dazu Diskussionen führen. Hier die Themen, die im Rahmen dieses Formats bearbeitet wurden mit einer kurzen Beschreibung der Hauptthesen der Themengebenden Teilnehmer_innen.

Block Chain

Die Idee von Block Chain, oder auch Web 3.0, ist den „Mittelsmann“ als Zentralstelle zu entfernen, und das Netz zu dezentralisieren. Jeder ist Client und Server zugleich und der nächste in der Kette hat eine neue Verschlüsselung, um so das System sicher zu machen. Erstes Beispiel dafür ist Bitcoin, ein weltweites dezentrales Zahlungssystem sowie der Name einer digitalen Geldeinheit.

Demokratie 2.0

Debatten brauchen einen spezifischen Rahmen im Netz, eine geeignete Plattform. Es muss verhindert werden, dass man Debatten nur noch innerhalb seiner sozialen Blase oder einer digitalen Echokammer erlebt. Der Zugang zu Informationen ist dabei ein wesentlicher Faktor. Dieser sollte leistbar sein, Gratismedien sind allerdings nicht unbedingt eine Garantie für Qualität.

Einsatz von Open Source

Wenn in der öffentlichen Verwaltung vermehrt auf Open Source gesetzt werden würde, wäre dies sowohl wirtschaftlich als auch demokratisch von Vorteil. Open Source Software ist von allen einsichtig und somit kontrollierbar, was wiederum das Vertrauen stärkt. Zudem könnten viele heimische Entwickler_innen partizipieren und programmieren. Die Wertschöpfungskette bliebe, im Gegensatz zu Lizenzgebühren, im Land.

Politische Partizipation und Open Innovation

Open Innovation ist eine Art Unternehmenskultur, die man zuerst intern verankern muss. Der zentrale Schlüssel von Open Innovation ist: „Give and take authority“. Die

große Herausforderung ist, dass partizipative Prozesse nur zum Teil hierarchisch funktionieren, die Politikprozesse jedoch auf Hierarchien basiert. Für diesen Prozess braucht es Veränderung in der Kultur, müssen politische Kräfte den Willen haben Wissen reinzuholen und verstehen lernen, dass im digitalen Raum jeder gleich wichtig ist.

Bildung und individuelle Kompetenzen im Wandel

In der Bildung muss sich durch die Digitalisierung vieles ändern, so bietet zum Beispiel mehr Individualisierung große Chance. Die kritische Beurteilung von Quellen muss sich als Kulturtechnik ebenso etablieren wie ein Grundverständnis im Vertragsrecht.

Transformation von virtuell zu real

Menschen zur Partizipation in der virtuellen Welt zu gewinnen, etwa zur Teilnahme an Konsultationsforen oder zur aktiven Nutzung von Informationsangeboten, ist eine Sache. Sie dann auch zu realen Tätigkeiten zu bewegen, stellt aber eine zusätzliche Herausforderung dar. Es braucht besondere Methoden, um sowohl mehr Menschen auch als „Offline“-Aktivist_innen, zum Beispiel in der gemeinnützigen Arbeit, zu gewinnen. Es braucht vor allem auch Andockstationen, Klarheit über den Vorteil von Beteiligung und die Bedeutung von Gruppenfähigkeiten sollen gestärkt werden und positiv dargestellt werden. Dies führt auch zu mehr Identitätsstiftung.

Impact Map der Themen

In einem zweiten Open Space wurden seitens der Teilnehmer_innen weitere wichtige Themen der Digitalisierung vorgestellt. Eine ganze Palette an Vorschlägen wurde gesammelt, die auch die enorme Bandbreite des Themas deutlich machten. Nachdem alle vorgeschlagenen Themen nach Relevanz gewichtet wurden, konnten zehn Themen als die wichtigsten definiert werden. Diese waren:

- Erfolgsstrategie: Wie wird Österreich zum Gewinner der Digitalisierung?
- Medienkompetenz: Die Vermittlung von Medienkompetenz, insbesondere in den Schulen
- Arbeitsrecht 4.0: Wie kann das Arbeitsrecht dem digitalen Zeitalter angepasst werden?
- Rechtliche Rahmbedingungen: Zeitnahe Anpassung der Rechtslage an den technischen Fortschritt.
- Partizipationskultur: Partizipative Kultur entwickeln und Bürger_innen zum Partizipationsprozess bringen und halten.
- Glück 4.0: Wie werden wir im digitalen Zeitalter glücklich?
- Grundrechtsschutz: Grundrechtsschutz im digitalen Raum
- Globale Regeln: Wie können globale Regeln im Internet gesichert werden, ähnlich wie es die internationale Gemeinschaft im Weltraum oder auf der Hochsee erreicht hat?
- Diskurskultur: Definition von Diskurskultur und -regeln
- Bildung: Grundlage für die Beherrschung und Gestaltung der Technik für unsere Kinder

In einer „Impact Map“ von FAS Research wurden alle zehn Themenbereiche in Relation zueinander gestellt und ihre wechselseitigen Auswirkungen von jedem einzelnen Teilnehmer und jeder einzelnen Teilnehmerin dementsprechend in Beziehung zueinander gesetzt. Dies bildete auch die Grundlage für den darauffolgenden „Hackathon“.

Policy Hack

Sieben Gruppen behandelten sieben Themen bei einem so genannten „Hackathon“. Ein Hackathon wird besonders häufig bei Software- und Hardwareentwicklungsevents eingesetzt. Das Wort ist eine Verschmelzung von „Hack“ und „Marathon“. In übergreifenden Teams, die aus den verschiedensten Bereichen kommen, kann mit unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen ein Problem behandelt werden.

Die Gruppen von Re:think 2016 suchten sich selbst die Themen aus, die sie behandeln wollten. Ziel war, die Herausforderungen und Problemstellungen zu schildern, Lösungsansätze zu entwickeln und Empfehlungen an spezifische Adressat_innen zu formulieren. Die sieben Themen wurden in den Gruppen in „Policy Briefs“ formuliert.

Policy Brief 1: Globale Regeln für die digitale Welt

Empfänger: Bundeskanzleramt, Infrastrukturministerium

Herausforderung / Problemstellung:

Zuallererst müssen die Problemfelder und Lösungsansätze identifiziert werden, für welche es globale Regeln braucht. Der Datenschutz im Zeitalter von Big Data mit verbindlichen digitalen Grundrechten stellt beispielsweise so ein Problemfeld dar. Ein Spannungsfeld ist das Verhältnis zwischen Verbindlichkeit (digitale Grund- und Freiheitsrechte zwischen einer Rechtsperson und dem Staat) einerseits, sowie freiwillige Regeln, wie etwa ein Code of Conduct –zwischen einer Rechtsperson und der Wirtschaft, andererseits.

Es existieren bereits Regelungskonzepte, die müssten genutzt und weiterentwickelt werden, um neue globale Regeln zu koordinieren. Die Balance wahren zwischen Innovation und Sicherheit muss dabei beachtet werden. Insgesamt gibt es bei diesem Thema eine hohe thematische Komplexität und enorme Verflechtung bei gleichzeitigem tiefen Problembewusstsein.

Lösungsansätze

Alle relevanten Akteur_innen müssten vernetzt werden, und zwar sowohl aus dem staatlichen als auch aus dem nicht-staatlichen Bereich (Gesellschaft und Industrie), bzw. national sowie international. Der Entscheidungsprozess um globale Regeln zu erreichen müsste ein mehrstufiges und partizipatives Vorgehen beinhalten, also ein „bottom-up approach“.

Dabei sollten den Problemen angepasste Lösungskonzepte verwendet werden, um die Balance zwischen Verbindlichkeit und Freiwilligkeit zu finden (Code of Conduct/ Labelling und rechtlich verbindliche Verträge), generelle Leitplanken sollten dabei zuerst diskutiert werden (z.B. die Würde des Menschen im digitalen Raum).

Außerdem müsste das Ziel sein, Anreizstrukturen zu schaffen (etwa bei der Investitions- und Rechtssicherheit).

Empfehlung

Interessierte Personen rufen in ihrem Umfeld auf sich zu engagieren und auszutauschen. Das Bundeskanzleramt beruft eine Multistakeholderkonferenz mit allen relevanten Akteur_innen ein um zu erörtern, in welchen Problemfeldern die existierenden Regeln angepasst werden müssen und wo es neue Regeln braucht. Die Ergebnisse der Konferenz sollten in die außenpolitischen Prioritäten einfließen. Über den Fortschritt ist regelmäßig zu informieren, etwa durch einen jährlichen Bericht.

Policy Brief 2: Aufbrechen der Echokammer

Empfänger: Bundeskanzleramt, Familienministerium, Bildungsministerium, Justizministerium

CC: Medienverteiler

Herausforderung / Problemstellung:

Zunehmende diskursive Entgrenzung, Verlust der Diskurs/Konfliktfähigkeit, zunehmende Aggressivität im digitalen Raum (Hate-speech, Morddrohungen, Vorurteile, Bedrohungen) stellen ein massives gesellschaftliches Problem dar. Diese Entwicklungen sind auch einem Informationsüberangebot und dem daraus resultierenden Rückzug in “Echokammern” geschuldet. Der Begriff Echokammer oder

Echo Chambers bezeichnet das Phänomen, dass sich in den sozialen Netzen in der Regel Gruppen bilden, die gleiche Meinungen und Haltungen teilen, sodass ihr intensiver Informationsaustausch nicht zum Gewinn von Wissen führt, weil sie sich – bewusst oder unbewusst – laufend in ihrer bestehenden Meinung bestärken und abweichende Positionen erst gar nicht in die „Kammer“ hineinlassen. Echokammern verhindern die Reflexion und fördern aggressive Gruppennormen.

Diese Entwicklung verhindert gesellschaftlichen Diskurs und führt zur Polarisierung von Positionen. Gleichzeitig böte das Netz einfache Möglichkeiten zu umfassender Information, Entwicklung von Positionen und inklusiver Kommunikation, also Vielfalt statt Begrenzung.

Lösungsansätze

Medien: Zentral ist die Stärkung des Qualitätsjournalismus, laufende „Faktenchecks“ in den Medien, professionelle, objektive und glaubwürdige Kommunikation von öffentlichen Stellen mit der Zielgruppe der Meinungsbildner_innen und Multiplikator_innen.

Bildung: Bereits im Kindergarten braucht es Vermittlung eines grundlegenden Bewusstseins und von Fähigkeiten zur Aufnahme und Verarbeitung von digitalen Informationen. Zentral muss die Vermittlung von kritischem Denken sein, also Medienkompetenz statt Wischkompetenz.

Verhaltensregeln für den digitalen Diskurs sollen im Netz erarbeitet werden, dann sind sie glaubwürdig und motivierend.

Zudem braucht es Sanktionen für Facebook-Hooligans auf Basis des Strafrechts.

Empfehlung

Tolls statt Trolls: Incentives für „Tolls“, die sich für einen positiven Diskurs in Social-Media-Foren einsetzen, und reflektiertes Handeln und Zivilcourage belohnt.

Die Ausarbeitung eines nationalen Aktionsplans für digitale Ethik, bewusstseinsbildende Kampagnen wird angeregt. Die Erarbeitung von Verhaltensregeln ebenso (Familienministerium, Bildungsministerium).

„Braunschlag statt Kahlschlag“ - die Präsenz verschiedener Meinungen im virtuellen vergleichbar mit dem überschaubaren kommunalen Raum. Es gibt keine homogene

Gesellschaft, deswegen müssen wir sicherstellen, dass Kommunikation zwischen unterschiedlichen Meinungen und Positionen auch im virtuellen Raum stattfindet. Entwicklung einer Plattform, die dies forciert, wird angestrebt: Vielfalt statt Ismen. Präsentation der Plattform in Braunschlag - Wir eröffnen den virtuellen Dorfbrunnen. Zuständig dafür wären die Jugendbeauftragte aller Parteien und NGOs.

Policy Brief 3: Durch formale Bildungsangebote zur Chancengerechtigkeit 4.0

Empfänger: Bildungssprecher_innen der Parlamentsparteien

Herausforderung / Problemstellung:

Wie kann das Digitalisierungsthema in den Unterricht einfließen bzw. diesen sogar revolutionieren? Die lehrenden Digital-NOOBs müssen jetzt einen Umgang mit Digital Natives lernen. Wir benötigen daher (auch) Initiativen, die sofort umgesetzt werden. (Auch junge) Lehrer_innen zeigen oft eine hohe Ablehnung bei der Einbindung von digitalen Medien, wenn es um ihren Kompetenzbereich geht. Lehrer_innen müssen weg vom konkreten Wissenstransfer und hin zum Coaching für effizientes Wissensmanagement der Schüler_innen

Empfehlung

1. Lehrer_innen Mindset ändern:

In einem Policy Lab soll ein neues Lehrer_innen-Selbstverständnis entwickelt werden (mit Einbindung von „Disruptive Schools“, etwa der Khan Academy, talentify.me, etc.). Angebote, die bereits vorhanden sind, müssen stärker bewusstmacht werden.

Wenn die Lehrkraft die Aufgabe hat zu vermitteln wie mit dem zur Verfügung stehenden Wissen gearbeitet werden kann, dann würde man als Aufgabe nicht das auswendig lernen üben, sondern vielmehr das Lernziel des sich selbst Aneignens von Suchstrategien und Lernzielen in den Vordergrund rücken.

2. EDU-Tech als Querschnittsmaterie :

Ein neues Bildungsverständnis erfordert die Einrichtung eines eigenen Fachs “Coding, Medienkompetenz, etc.”, die als Querschnittsmaterie wie Lesen, Schreiben und Rechnen

verstanden werden sollte. Die geplante Bildungsstiftung soll dazu genutzt werden um Schulen, die hier etwas tun möchten, auch zu unterstützen.

Unternehmenspartner_innen, Sponsor_innen, Stiftungen u.ä. stellen den Schulklassen Profis zur Verfügung um tiefer in das Thema zu tauchen. Diese nennen wir „Digital Angels“. Organisiert wird das wie es das bereits in anderen Fächern existiert: Zwei bis drei Wochen kommen Natives in die Klasse und unterrichten alle Fächer gemeinsam mit Lehrer_innen, vorzugsweise auf Englisch.)

3. Digitale Werkzeuge in das System integrieren:

Innovation “School for Ones” (das sind Schulen in denen ein Algorithmus entwickelt wird, das jedes Kind einzeln fördert und das Lehrpersonal zu Coaches macht um Kinder dabei zu begleiten) sollen als Projekt-Pilotschulen gemeinsam mit Unis, Stiftungen entwickelt werden, bzw. bestehende und geprüft gute Systeme adaptiert werden.

4. Zusätzliche Ressourcen für die Implementierungsphase als Motivation:

Anreizsysteme müssen entwickelt werden um jene Schulen und Lehrer_innen zu honorieren, die bereit sind neue Schritte umzusetzen. Zum Beispiel kann damit eine zusätzliche Kraft angestellt werden, die der Schule zur Verfügung gestellt wird, um diese neuen Prozesse in der nötigen Qualität zu implementieren, auch in Kooperation mit Unternehmen.

Policy Brief 4

Disrupt School / Plattform als Lernhilfe und Bildungsangebot

<http://lernen.waere.net>

Empfänger: Unternehmen, Stiftungen, Geldgeber_innen, die Bildungsfortschritte finanzieren wollen

Herausforderung / Problemstellung:

Die Ausgangssituation stellt sich wie folgt dar:

- 20% der Absolvent_innen Pflichtschule (9 Jahre) haben nicht das Lernziel erreicht und eine schlechte Möglichkeit um einen Arbeitsplatz zu finden

- geschätzt 250 Mio. EUR geben Eltern pro Jahr für Nachhilfe aus.
- Digitale Lernmöglichkeiten werden in Österreich zu wenig genutzt.
- Unsere Gesellschaft beruht ausschließlich auf Informationstechnologien, dennoch wird Programmieren und Medienkompetenz noch viel zu wenig im Unterricht eingebaut. Dies ergibt einen Wettbewerbsnachteil für Österreich, da viele Absolvent_innen digitale Analphabet_innen sind. Wir wollen diese Inhalte verstärkt auf unserer Plattform einbauen.
- Der hier präsentierte Ansatz ist von politischem Good Will unabhängig und muss nur von Schüler_innen akzeptiert und angenommen werden.
- Das österreichische Schulsystem ist veränderungsresistent. Jahrzehntlang wurde versucht das Bildungssystem von innen zu verändern, aber diese scheiterten aufgrund der zu vielen Interessensgruppen am Verhandlungstisch. Wir versuchen mit unserem Ansatz einen Impuls, eine Unterstützung bzw. eine Ergänzung von außen zu geben.
- Lösungsorientiertes Lernen statt auswendig lernen ist das Ziel.
- Neugierde anspornen ebenso.

Risiken:

- Keine Akzeptanz der Schüler_innen
- Dass Lehrer_innen bei Prüfungen auf bestimmte Lösungsansätze bestehen.

Lösungsansätze

- Eine Internet Plattform zum Selbstlernen von Schulhalten, basierend auf Video-Content
- Videos sind User generated, von Schüler_innen gemacht.
- Rolle von Schüler_innen: Sie werden selbst zu digitalen Lehrern, denn erst wer Inhalte verstanden hat, kann sie leicht verständlich vermitteln.
- Schüler_innen werden in diesem Sinne auch zu Produzent_innen, YouTuber_innen, etc.

Lehrinhalte:

- Angeboten werden alle Lehrinhalte von Fächern in allen Schulstufen.
- Darüber hinaus wird der Lehrberuf für Netzwerkadministrator_in und Informatiker_in angeboten. Gemeinsam mit Pädagog_innen und Lehrer_innen

werden entsprechende Lehrmodule für die Plattform geschrieben.

- Mindestanforderungen werden von der Plattform bei Einreichung geprüft
- Bewertungen erfolgen durch User_innen

Offline:

- Schaffung von School Hubs: Bestehende Infrastrukturen werden genutzt, um die Erstellung von Content offline zu ermöglichen.
- Mit innovativen Formaten (Hackathon) wird das Video-Making leicht erklärt.
- Online-Leitfaden oder Tutorielle unterstützen Schüler_innen bei der Videoproduktion und beim Storytelling.
- Die Nutzung ist kostenlos und unterliegt der Creative Common Licence. Sie wird auf bestehende Plattformen (YouTube, Vimeo) veröffentlicht.

Strategische Kooperationspartner sind:

- AMS
- Innungen & Fachgruppen
- Industriellenvereinigung
- Diverse Medienkooperationen
- YouTube
- YouTube-Stars und andere Celebrities, die die Jugendlichen ansprechen
- Google (Sponsor)

Empfehlung:

- Verein oder gemeinnützige GmbH gründen
- Startfinanzierung durch Sponsor_innen und Finanziers fürs Berufsausbildungsmodul (AMS, IV)
- Ein vollbezahlter Projektleiter oder -leiterin

Policy Brief 5: Partizipation in einer modernen und digitalen Demokratie

Empfänger: Demokratiespreche_innen der politischen Parteien, Städte- und Gemeindebund

Herausforderung / Problemstellung:

Teilhabe an politischen Entscheidungen hat keine lange Tradition in Österreich. Interessensvertretungen und politische Parteien dominieren das Geschehen, viele Bürgerinnen und Bürger sind immer noch stolz darauf „unpolitisch“ zu sein. Die Digitalisierung bietet neue und zusätzliche Möglichkeiten der Partizipation, diese gehören politisch neu gedacht und konzipiert. Das Potenzial für mehr politische Partizipation sollte vorhanden sein, denn das ehrenamtliche Engagement in Österreich ist sehr hoch.

Allerdings muss bei den Teilnehmer_innen an partizipativen Prozessen Vertrauen in ebendiese Prozesse vorhanden sein, ebenso muss das Engagement als relevant und zielorientiert erlebt werden. Wertschätzung und Augenhöhe sind in solchen Prozessen wichtig. Partizipation ist ein Dialogprozess.

Soziales Engagement ist ein wirksames Mittel gegen die sogenannte Politikverdrossenheit. Das Vertrauen in die Politik muss gestärkt werden, fehlendes Vertrauen gefährdet die Demokratie. Digitale Tools führen dazu, dass sich Menschen niederschwellig einbringen können. Politik der Verhandlungen hinter verschlossenen Türen entspricht nicht dem digitalen Zeitalter.

Lösungsansätze

Für viele politische Fragestellungen sind bestimmte betroffene Zielgruppen wertvolle Wissensträger_innen, etwa Anrainer_innen, gewisse Berufsangehörige, etc. Diese einzubinden, dieses Wissen, die vorhandenen Ideen in konsultative Prozesse einzubinden, ist die Herausforderung einer modernen und digitalen Partizipation in einer repräsentativen Demokratie. Dafür müssen die notwendigen Formate entwickelt werden und nötigenfalls im Regelwerk des Staates verankert werden.

Neu zu entwickelnde Formate und Regeln können bereits kollaborativ und partizipativ gestaltet werden. Dafür ist das Commitment der politischen Institutionen notwendig.

Verantwortlich für die Umsetzung ist ein “Österreich Konvent 2.0”, der diese grundlegenden Fragen der partizipativen Demokratie in einem Online- und Offline-Prozess breit und auf allen Ebenen behandelt.

Empfehlung

Die Nutzung der neuen digitalen Möglichkeiten für mehr Partizipation und bessere politische Entscheidungen erfordert die Veränderung des demokratischen Regelwerks Österreich. Sie ist also in letzter Konsequenz eine verfassungsrelevante Frage. Daher wird die Einrichtung eines “Österreich Konvent 2.0” online und offline empfohlen. Online deshalb, weil die neuen Möglichkeiten bereits für diesen Konvent selbst genutzt werden sollen und einen Erfolgsfaktor darstellen.

Es braucht einen Beschluss des Nationalrats und des Bundesrats zu einem solchen Konvent, sowie ein Commitment aller gesetzgebenden Ebenen (Länder, Städte und Gemeinde).

Das dafür nötige Budget ist noch zu ermitteln, ist durch den Einsatz digitaler Mittel aber – gemessen am Umfang des Prozesses – eher gering.

Empfohlen wird zudem ein Austausch mit Best-Practice-Beispielen anderer Länder und Beziehung von Expert_innen (juristisch, demokratisch, technisch etc.) sowie ein organisierter Prozess mit der Teilhabe von Bürger_innen (demographisch repräsentativ).

Das Jahr 2017 ist voraussichtlich ein Jahr ohne große Wahlen. Daher ist es das Jahr des Österreich Konvents 2.0, indem sich das Land neue demokratische, partizipative und repräsentative Spielregeln und Tools gibt.

Policy Brief 6: E-voting – Wählen im Internet

Empfänger: Innenminister

Herausforderung / Problemstellung:

Aktuelle Beispiele zeigen, dass die Briefwahl in Österreich Probleme in der Anwendung birgt: Die Wien Wahl 2015 wurde in Teilen aufgehoben, die Stichwahl zum Bundespräsidenten muss wegen zahlreicher Unregelmäßigkeiten wiederholt werden.

Hinzu kommt, dass die traditionelle Form der Wahl einen hohen Personalbedarf durch Beisitzer_innen und daraus resultierende Kosten verursacht. Es liegt also nahe, zu untersuchen, ob nicht neue Technologien diese Probleme verbessern können – zum Beispiel E-voting.

Jede Wahl muss auch weiterhin der Verfassung entsprechen und daher zum Ziel haben, geheim, persönlich, gleich und frei zu sein, sowie weiterhin eine hohe Wahlbeteiligung garantieren zu können. Deshalb stellen sich vor der Anwendung von E-voting drei grundsätzliche Fragen:

1. Wie können Fehlerfreiheit und Sicherheit bei der Authentifizierung sowie bei der Speicherung und Auswertung der Daten sichergestellt werden? Wie kann die Geheimhaltung des Wahlverhaltens trotz Identifizierung der Person bewerkstelligt werden?
2. Soll E-voting ein Instrument der direkten oder der repräsentativen Demokratie sein, oder ist beides möglich?
3. E-voting ermöglicht es, in kurzer Frist rasche Abstimmungen zu organisieren. Damit steht sie dem demokratiepolitischen Ziel der Entschleunigung von Debatten entgegen. Wie können Affektabstimmungen vermieden und die nötigen Cooldown-Phasen oder die nötige Zeit für Debatten gewährleistet werden?

Lösungsansätze

Zur Bewältigung der technischen Probleme des E-votings ist es empfehlenswert, bereits bestehende sichere IT-Lösungen zu evaluieren. Hier zahlt sich ein Blick nach Estland aus, welches als einziges Land in Europa bereits E-voting flächendeckend und sicher seit 2005 anwendet.

Die Europäische Union hat 2004 eine Richtlinie erlassen, welche klare Empfehlungen für Rahmenbedingungen von E-voting in Europa kommuniziert, unter anderem werden dort detaillierte Vorgaben für die nötige Software gemacht. Diese Richtlinie wird jedes zweite Jahr evaluiert und erneuert.

Zur persönlichen Authentifizierung können etwa digitale Signatur, digitaler Fingerprint oder Iris-Scanner in Erwägung gezogen werden, jedoch ist dies auch eine Frage der flächendeckenden Geräte-Infrastruktur.

Empfehlung

E-voting soll die derzeitigen Wahlvorgänge komplementieren und zu einer besseren Inklusion der Bevölkerung führen. Sowohl die Stimmabgabe an der Wahlurne im Wahllokal als auch die bereits bestehende Form der Briefwahl sollen beibehalten und nicht substituiert werden.

Es empfiehlt sich vorerst einzelne Pilot-Projekte umzusetzen. Das kann sein:

- › im Bezirk, in der Gemeinde
- › im Bundesland
- › Kammer-Wahlen (Interessensvertretungswahlen)
- › Partei-intern (Vorsitz)
- › Pfarrgemeinderats-Wahlen
- › ORF-Publikumsrats-Wahlen

Über die Wahlen hinaus ergeben sich auch weitere unmittelbare Anwendungsmöglichkeiten für das Sammeln von Unterstützungserklärungen für

- das Antreten bei NRW und BPW
- Volksbegehren und Volksbefragungen
- Petitionen und Bürgerinitiativen

E-voting Lösungen können auch als Plattformen für Bürgerbeteiligungs-Projekte (z.B.: Stadteilerneuerungen und öffentliche Bauvorhaben) aufgesetzt werden.

Policy Brief 7: Digitale Partizipation auf Augenhöhe

Empfänger: Bundesrat Zukunftsausschuss, BKA, Gemeindebund, Länder, Städtebund

Herausforderung / Problemstellung:

Formen bestehender Mitbestimmung werden von Bürger_innen als unzureichend erlebt. Es gibt wenige Möglichkeiten zur Mitbestimmung in Bereichen, die die Menschen unmittelbar betreffen. Es braucht Räume, wo es möglich ist, die Erfahrung gelingender Beteiligung zu machen. Demokratische Prozesse sind mitunter nicht mehr anschlussfähig an die Lebensentwürfe einer zunehmend individualisierten Gesellschaft. Apathie, Skepsis und Frustration sind genauso kulturelle Phänomene wie die steigende Bereitschaft zur Teilhabe, zur Mitgestaltung und zum persönlichen Einsatz. Bestehende Modelle der Einbindung in Entscheidungsprozesse entsprechen nicht mehr den Lebensrealitäten der Menschen. Demokratie ist ein kontinuierlicher Entwicklungsprozess und muss in allen Gesellschaftsbereichen gelebt und erlebt werden. Vor allem im lebensnahen und direkten Umfeld der Bürger_innen bieten sich umfassende Möglichkeiten zur Mitgestaltung an, die in vielen Regionen Österreichs unzureichend genutzt werden.

Beteiligungsverfahren werden oft in konfliktgeladenen Situationen zur Legitimation getroffener Entscheidungen eingesetzt (Bauvorhaben) und noch zu wenig im eigentlichen Sinne, nämlich im ergebnisoffenen Austausch.

In diesem Austausch gibt es für Bürger_innen und politische Akteur_innen, mit einzelnen Ausnahmen, keine konkreten Modelle und Erfahrungen gelungener, gemeinsamer Willensbildung. Vor allem Willensbildungen zu Themen und Problemstellungen, deren Scheitern keine großen Risiken mit sich bringt, werden zu wenig geprobt. Genau sie bieten aber die Chance, Beteiligung in einem überschaubareren Rahmen auszuprobieren.

Digitalisierung bietet einen enormen Mehrwert zur Ergänzung analoger Beteiligungsprozesse und Handlungsmöglichkeiten. In Europa bestehende Best Practice Modelle von analog/digital verschränkten Mitentscheidungsprozessen machen Mut, politische Akteure auch hier zur Umsetzung zu befähigen. Risiken einer Umsetzung auf kommunaler, betrieblicher oder schulischer Ebene, d.h. der Lebenswelt der Bürger_innen, sind bei einer entsprechenden Begleitung und bei definierten

Qualitätskriterien gering. Auch deshalb empfehlen wir, in diesem Bereich anzusetzen, wenn es darum geht mehr Beteiligungskultur in Österreich zu verankern.

Lösungsansätze

Wissen teilen

- Etablierung eines Peer Netzwerks bzw. einer “Community of Practice” von politischen Akteur_innen und Verantwortungsträger_innen, die niederschwellige Beteiligungsprozesse initiieren wollen. Erfahrene Pioniere sollen als Impulsgeber und zum Wissenstransfer einbezogen werden.
Beispiel: Bürgermeister_innen werden mit Kolleg_innen vernetzt, die bereits Erfahrungen mit Beteiligungsformen gesammelt haben – zum Beispiel die partizipative Budgetgestaltung in Eberswalde/Deutschland).
- Erstellen eines Werkzeugkastens mit digitalen, erprobten Programmen und Best Practice Beispielen.
- Trainings zu partizipativem Führen für Prozessverantwortliche; Beispielgebend sind hier u.a. die Art of Hosting Trainings des Zukunftsbüros des Landes Vorarlberg.

Qualitativer Rahmen

- Persönliche Betroffenheit & Anliegen
Gerade für das niederschwellige Mitmachen ist die Voraussetzung die persönliche Relevanz des Themas für das Individuum (daher Verfolgung Bottom Up Ansatz); abstrakte Themen erzeugen geringes bis kein Aktivierungspotenzial
- Ethische Standards & Kulturelle Aspekte
sind unbedingt einzuhalten. Das betrifft insbesondere Inklusionsaspekte. Ein simples Beispiel ist hier die Formulierung von Anliegen und Positionen, die so gestaltet sein müssen, dass sie auch für weniger hoch gebildete oder weniger an juristische Diktion gewöhnte Gruppen verständlich und nachvollziehbar bleiben. Es sind genau diese Gruppen, die aus traditionellen Prozessen oft ausgeschlossen bleiben.
- Ergebnisoffenheit & Kultur des Scheiterns;
Partizipation ist keine Mediation. Sie dient nicht dazu, die Interessen des

Mächtigeren durchzusetzen. Am Ende des Partizipationsprozesses ist ein unerwartetes Ergebnis zu akzeptieren. Aus Misserfolgen oder Scheitern wird gelernt. Die Teilnehmer_innen müssen erkennen, dass der Prozess strukturiert abläuft und dass ihr Mitwirken Ergebnisse nach sich zieht.

Digitale Aspekte

- Brückenschlag
Digitale Kanäle sind eine Ergänzung und Erweiterung zu Analogem.
- Digitale Partizipationsplattform
Plattformen dienen der Vernetzung von Menschen und Themen. Da die Teilnehmer in aller Regel auch auf Social Media Kanälen aktiv sind, empfiehlt sich die Integration dieser Medien.
Die Vorgänge auf der Plattform müssen übersichtlich dokumentiert werden. Um hohe Teilnahme zu gewährleisten, sind Nutzerfreundlichkeit (dazu gehört auch das Layout und die Visualisierung) und Sicherheitsaspekte von besonderer Bedeutung.
- Kommunikation
Digitale Kanäle bieten sich für einen laufenden Dialog zwischen politisch aktiven Gruppen und interessierten Bürger_innen an. Sie sind niedrigschwellig und kostengünstig und können daher auch außerhalb von Wahlkämpfen laufend betrieben werden. Zentral ist ein einheitlicher Onboarding Prozess.

Empfehlung

Empfehlung 1 – Strukturelle Maßnahme

Es empfiehlt sich die Schaffung eines nationalen Kompetenzzentrums zur Begleitung von Beteiligungsprozessen

Empfehlung 2 - Capacity Building

Trainingsangebote für unterschiedliche Anwenderzielgruppen wie

Schülervertreter_innen, Vereinsverantwortliche, Bürgermeister_innen und

Amtsleiter_innen, ehrenamtliche Initiativen müssen ausgeweitet werden. Ein mögliches Trainingsmodell bietet hierbei der „Art of Hosting“ Ansatz.